IMT Nuremberg Archives

H – 3457

International Court of Justice

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 2 August 1948

I certify that Document Number 3886-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-866 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al., which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Wiebergall

FRED WIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

H3457 - 0002

H3457 – 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3886-PS No. USA - 866 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 1 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUERNBERG, GERMANY
USA Exhibit 866
Filed 27 May 1946

Mappe D

3886-PS

1

Sitzung der Ratsherren der Stadt Wien

Niederschrift der 16., nicht öffentlichen Beratung vom 6. Juni 1942.

Vorsitzender Bürgermeister Ph.W. J u n g

in Anwesenheit des Reichsstatthalters Reichsleiters Baldur von S c h i r a c h .

Schriftführer: Die Ratsherren G r a t z e n b e r g e r und S c h n e e b e r g e r ,

(Beginn der Sitzung um 11 Uhr 38 Minuten.)

Außer den wegen ihrer Dienstleistung bei der Wehrmacht 14 abwesenden Ratsherren sind Ratsherr Wilhelm Jerger wegen Krankheit und Ratsherr Bruno Brehm wegen eines Vortrages entschuldigt.

1. Post Nr. 16, R.Z. 96, H.Abt. L-H 15. Stadtkämmerer Dr. H a n k e berichtet über die J a h r e s r e c h n u n g 1940 der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien.

Die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1940, umfassend die Zeit vom 1. April 1940 bis 31. März 1941, ist die erste Jahresrechnung der Stadt Wien, der ein nach den Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung aufgestellter Haushaltsplan zugrunde liegt.

Obwohl wegen des Krieges nur jene Beträge veranschlagt worden waren, für die nach fachlicher Meinung die Möglichkeit der Verwendung bestand, erreichte der Verbrauch bei weitem nicht die Ansätze. Dies ist sowohl aus der außerordentlichen Gebarung, insbesondere beim Wohnungsbau, bei den Straßen-, Brücken-, Kanal- und Nutzbauten, als auch aus den Posten für die Instandhaltungen zu ersehen. Diese Tatsache ist nicht nur volkswirtschaftlich sondern auch fiskalisch gesehen nicht erfreulich, da die unterbliebenen Aufholungen und Instandsetzun-

H3457 - 0004

H3457 – 0005

gen in späterer Zeit in einem verstärkten Maße vollzogen werden müssen.

Die Einnahmen gestalteten sich günstig. Wegen der auch im Kriege günstigen Entwicklung der einzelnen Einkommen und der vollen Beschäftigung der meisten Industriezweige brachten die Steuern, die mit 145 Millionen veranschlagt waren, 166'5 Millionen ein. Die für den außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehenen Kreditoperationen konnten nach der Sachlage unterbleiben.

Im Rechnungsjahr 1940 sind Ausgaben von 431,734.698'44 RM und Einnahmen von 482,366.144'82 RM gegenüber den mit 482 Millionen veranschlagten Einnahmen und Ausgaben vollzogen worden.

Mit dem Überschuß aus dem Rechnungsjahr 1939 im Betrag von rund 12 Millionen Reichsmark standen der Stadt Wien fast 63 Millionen zur Verfügung, die ausschließlich zur Rücklagenbildung verwendet wurden, wie es auch einem erst dieser Tage mitgeteilten Erlaß des Reichs-Innenministers entspricht. Von den nunmehr vorhandenen Rücklagen von mehr als 75 Millionen Reichsmark entfallen 50 Millionen Reichsmark allein auf eine Sonderrücklage für Aufholungen im Verwaltungsvermögen. Für bestimmte Aufgaben, die heute schon feststehen, sind eine Erneuerungsrücklage für städtische Wohnhäuser, eine Liegenschaftsrücklage, eine Tilgungsrücklage und einige kleinere Rücklagen vorgesehen. Im Sinne der Rücklagenverordnung sind auch Pflichtzuführungen zur Betriebsmittelrücklage und zur Allgemeinen Ausgleichsrücklage erfolgt. Im Vergleich mit den Städten des Altreichs ist der Rücklagenstand Wiens bescheiden, da Hamburg schon am 31. März 1940 rund 128 Millionen und München 89 Millionen an Rücklagen auswiesen.

Dagegen ist Wien gegenüber den Städten des Altreichs hinsichtlich der fundierten Schuld im Vorteil. Die Steigerung der Anlehen von 142 Millionen auf 147 Millionen innerhalb des

3886-PS
3

Rechnungsjahres ist auf den Härteausgleich zurückzuführen, den die Stadt Wien anläßlich der großen Umschuldungsaktion auf Grund der Verordnung vom 14. Juni 1940 über Zinsermäßigung und Währungsumstellung bei den Länder- und Gemeindeanleihen in der Ostmark zu entrichten hatte. Die zweite Gruppe der Schulden, der Hypotheken, der Wohnbaudarlehen und sonstigen langfristigen Schulden, verringerte sich um rund 8 Millionen Reichsmark. Die bei der Eingemeindung und bei den Einweisungen übernommenen mittelfristigen und kurzfristigen Schulden wurden fast zur Gänze abgestoßen. Die fünfjährigen Schatzscheine, die in den Jahren 1934 bis 1938 zur Überbrückung finanzieller Schwierigkeiten begeben worden waren, erfuhren durch eine weitere planmäßige Tilgung eine Verringerung von rund 20 Millionen Reichsmark auf 9'8 Millionen Reichsmark.

Der Gesamtschuldenstand hat sich im Rechnungsjahr 1940 von 233 Millionen Reichsmark auf 219 Millionen Reichsmark gesenkt. Als eigentliche Schulden der Hoheitsverwaltung können jedoch nur 104 Millionen Reichsmark angesehen werden, da der Dienst für ein Nominale von 115 Millionen Reichsmark von den städtischen Unternehmungen bestritten wird.

Nach dem Ausweis über den Kassenstand vom 31. März 1941 waren die Rücklagen bis auf eine Wertpapierdeckung von 800.000 RM in Guthaben bei Geldinstituten angelegt. Seither sind sie der grundsätzlichen Vorschrift entsprechend in Wertpapieren, und zwar in Reichsschatzanweisungen angelegt worden.

Der B ü r g e r m e i s t e r stellt fest, daß die Vorlage den Ratsherren zur Kenntnis gebracht und ihnen Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde.

2. Post Nr. 17, R.Z. 102, H.Abt. L-H 16. Stadtkämmerer

H3457 – 0006

A 097334

H3457 - 0007

Dr. H a n k e berichtet über den H a u s h a l t s p l a n der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien für das Rechnungsjahr 1942.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1942 (1. April 1942 bis 31. März 1943) stellt einen Kriegshaushaltsplan dar. Als Richtlinie bei seiner Aufstellung galt die Möglichkeit der tatsächlichen Durchführung. Die Sachlage gebot es, nur jene Ausführungen und Arbeiten vorzusehen, die Aussicht auf Verwirklichung haben. Da die Unmöglichkeit der notwendigen und wünschenswerten größeren Instandsetzungen später zu höheren Kosten führen werden, wird diesem Umstand durch die Rückstellung entsprechender Mittel Rechnung getragen.

Trägt die Ausgabenseite des Haushaltsplanes so den Stempel des Krieges, so zeigt die Einnahmenseite ein finanziell durchaus gesundes Bild, obwohl zu gewärtigen ist, daß das Steueraufkommen im weiteren Verlauf des Krieges wegen der großen Zahl der zum Wehrdienst Eingerückten sinken wird.

Der Haushaltsplan für 1942 rechnet in seinem ordentlichen Teil mit Gesamtausgaben von 597,576.400 RM oder nach Abzug der Erstattungen, das ist der rechnungsmäßigen Durchführungsposten, mit Reinausgaben von 564,359.000 RM, die in der Haushaltssatzung ausgewiesen sind. Dies bedeutet gegenüber dem Haushaltsplan 1941 eine Steigerung um rund 50 Millionen Reichsmark, die der Erhöhung des Ansatzes für den Familienunterhalt gleichkommt.

Aus einem Vergleich mit dem Haushaltsplan Berlins geht hervor, daß beide Städte den kriegsbedingten Gegebenheiten in gleicher Weise Rechnung tragen.

Der Personalaufwand ist mit rund 185 Millionen gegen 178 Millionen im Vorjahr veranschlagt. Er stellt sich damit auf 32'8 % der ordentlichen Reinausgaben gegen 34'9 % im Haushalts-

3886-PS

plan des Vorjahres und ist daher verhältnismäßig zurückgegangen. Der Personalstand stieg von 35.289 am 31. Jänner 1941 auf 37.955 am 31. Jänner 1942, die Zahl der zum Wehrdienst Eingerückten in der gleichen Zeit von 3624 auf 5226. Die Personalvermehrung ist also überwiegend durch die Einberufungen bedingt.

Der Schuldendienst erfordert nur 15 Millionen Reichsmark, von denen 6 1/2 Millionen auf Verzinsung und 8 1/2 Millionen auf Tilgung entfallen. Die Eigenbetriebe steuern zum Schuldendienst die Hälfte bei.

Eine Zuführung zu Rücklagen wird nicht veranschlagt sondern dem tatsächlichen Erfolg überlassen.

Im Schulwesen wirkt sich vor allem die Heranziehung von Schulgebäuden für Wehrmachts- und ähnliche Zwecke aus. Eine schwere Sorge bereitet es der Gemeindeverwaltung, schon heute für den wegen der Geburtensteigerung zu erwartenden Schülerzuwachs vorzusorgen, der sich bereits im Schuljahr 1945/46 in einem erheblichen Ausmaß auswirken wird. Eine wesentliche finanzielle Mehrbelastung bringt die volle Anwendung der Bestimmungen über die Beitragsleistungen zu den Bezügen der Lehrer als Reichsbeamte mit sich, da hiedurch der Pauschalbetrag an die Reichsschulverwaltung von rund 5 Millionen Reichsmark im Jahre 1940 und von rund 8'5 Millionen Reichsmark im Jahre 1941 nunmehr auf 11'2 Millionen Reichsmark steigt.

Im Haushaltsplan des Kulturamtes kann in nahezu allen Zweigen eine Aufwärtsentwicklung vorgesehen werden.

Die sächlichen Zweckausgaben der offenen Fürsorge steigen von 28 Millionen auf 34 Millionen, das ist um mehr als 20 v.H., im Vergleich zum Ergebnis des Rechnungsjahres 1940 sogar mehr als 35 v.H., und zwar als Folge der Erhöhung der Richtsätze

H3457 – 0008

A 097333

für die laufenden Barleistungen, der Besserstellung der Alleinstehenden und der Erweiterung des Personenkreises der gehobenen Fürsorge.

Das besondere Interesse des Reichsleiters von Schirach gilt den Jugendfürsorgeanstalten. Soweit es die Kriegsbewirtschaftung zuläßt, soll hier eine Erhöhung des Lebensmittelaufwandes eintreten. Hinsichtlich der Förderung der Hitler-Jugend steht die Wiener Gemeindeverwaltung an der Spitze der Städte des Reiches und es besteht die Absicht, hier auch in Zukunft entsprechend vorzusorgen.

Das Wohnungsamt stellte den Antrag, einen Teilbetrag der Ansätze für Übersiedlungsbeihilfen und für Zuschüsse zu Mietzinsen als Prämien bei Wohnungstausch oder Wohnungswechsel zu verwenden. Es ist auch eine Aktion in Aussicht genommen, nach der kinderreiche Familien Mietzinsbeihilfen erhalten, wenn sie wegen ungünstiger Einkommensverhältnisse sonst keine der Kinderzahl entsprechende Wohnung mieten könnten.

Da die Durchführung des Kriegswohnbauprogramms ohne ausländische Arbeitskräfte nicht möglich ist, errichtete die Gemeinde Barackenlager zur Unterbringung und Betreuung italienischer Arbeiter.

Die Einnahmenseite zeigt ein ähnliches Bild wie jene der Ausgaben.

Hinsichtlich der wichtigsten Einnahmepost, der Steuern, bemüht sich die Gemeindeverwaltung, die Einhebung zu vereinfachen, um nicht nur selber sondern auch den Steuerträgern Arbeit und Personal zu ersparen. Insgesamt sieht der Haushaltsplan ohne Gewerbesteuerausgleich ein Steueraufkommen von rund 192 Millionen Reichsmark gegen rund 174 Millionen Reichsmark im Haushalts-

H3457 - 0009

A097337

H3457 – 0010

3886-PS

plan 1941 vor. Den Hauptanteil an diesem Aufkommen wie auch an der Steigerung hat nach wie vor die Gewerbesteuer.

Auf Grund der im Reichs-Finanzministerium geführten Vorverhandlungen mußten die Finanzzuweisungen des Reiches für 1942 niedriger eingestellt werden als im Vorjahr. Der Haushaltsplan 1941 weist sie noch in der Höhe von 48'5 Millionen Reichsmark aus, wobei allerdings 5 Millionen Reichsmark nur für den Fall zugesagt waren, daß die Gewerbesteuer in ihrem Sollbetrag 75 Millionen Reichsmark nicht erreicht. Da dieser Betrag überschritten wurde, entfiel die Zahlung von 5 Millionen Reichsmark, sodaß tatsächlich nur 43'5 Millionen Reichsmark anfielen. Demgegenüber ermäßigt sich die Finanzzuweisung des Reiches für 1942 auf 32'1 Millionen Reichsmark. Hievon entfallen auf die erstmals auch für Wien angewendete Schlüsselüberweisung 22'1 Millionen Reichsmark, 5 Millionen Reichsmark erhält Wien als Reichsgau - ein Betrag, der wenigstens auf die Dauer des Krieges ein für allemal festgesetzt ist - und weitere 5 Millionen Reichsmark als Bedarfszuweisung zur Deckung des budgetmäßigen Abganges. Auch dieser Betrag war nicht leicht zu erringen, da den Vertretern der Stadt Wien vorgehalten wurde, die altreiche deutschen Städte liefen Sturm dagegen, daß die Gemeinden der Donau- und Alpengaue bisher von jeder Kriegsbeitragsleistung frei geblieben sind. Die Kriegsbeitragsleistung, wie sie für die altreichsdeutschen Städte berechnet wird, würde rund 35 Millionen Reichsmark betragen. Bei den Verhandlungen wurde daher auch deutlich erklärt, daß es sehr fraglich ist, ob diese Bevorzugung der neu zum Reich gekommenen Gemeinden im Jahre 1943 aufrecht erhalten werden könne.

Wesentliche Unterschiede gegenüber dem Haushaltsplan des

A 097333

H3457 – 0011

3886-PS
B

Vorjahres sind 15 Millionen Reichsmark mehr bei den Verpflegskosteneinnahmen der städtischen Wohlfahrtsanstalten, und zwar entsprechend der besseren Ausnützung der Belagsmöglichkeit, aber auch als Folge der Möglichkeiten der leichteren Einbringung, und 11 Millionen Reichsmark weniger bei den Ablieferungen und Konzessionsabgaben der städtischen Eigenbetriebe, entsprechend dem Erlaß des Preisprüfungskommissars betreffend die Konzessionsabgabe der Versorgungsbetriebe.

Zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltsplans im Gesamtbetrage von 64,810.080 RM sind Reichsdarlehen, insbesondere für den Wohnhausbau, sowie Zuschüsse des Reiches und anderer Stellen im Gesamtbetrage von rund 25 Millionen Reichsmark in Aussicht genommen. Der Restbetrag von rund 40 Millionen soll den Rücklagen entommen werden.

Bei den Vorhaben des außerordentlichen Haushalts handelt es sich zum Teil um erste Bauraten, die schon im Vorjahre vorgesehen waren, aber nicht verwendet werden konnten, vor allem um die Errichtung der Hauptabteilung " Gesundheitswesen und Volkspflege" und den Bau des Auslands-Schlachthofes. Andere Ansätze betreffen Fertigstellungen, wie der Hebammenlehranstalt und einiger Wohnhausbauten, des Kühllagerhauses in St. Marx und der Speicher in Albern. Größere Beträge werden als erste Bauraten für ein neues Programm von 1925 Wohnungen und ein weiteres Programm von 2500 Wohnungen bereitgestellt. Neue Ansätze betreffen die Errichtung von Arbeiterbaracken, die vorzeitige Rückzahlung von Darlehen des ehemaligen Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds, die Erwerbung des Hafenbahnhofes in der Freudenau, die Naschmarktaktion und die Maßnahmen zur Steigerung der Ergiebigkeit der Wasserversorgungsanlagen. Die Vorarbeiten zur Neugestaltung der Stadt, für die im Vorjahr eine Million Reichs-

097339

H3457 – 0012

mark veranschlagt war, wurden gemäß dem Befehl des Führers eingestellt, dagegen sind zur Vorbereitung von Rüstungs- und anderen kriegswichtigen Bauten 355.000 RM veranschlagt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Stadt, wie auch aus dem Bericht über das Jahr 1940 entnommen werden kann, bei einer ausgeglichenen Gebarung ihren Gesamtschuldenstand senken und durch Rücklagenbildung dafür vorsorgen kann, daß die wegen der Kriegsverhältnisse unterbliebenen Aufholungen und Instandsetzungen im gegebenen Zeitpunkt in Angriff genommen werden.

Der B ü r g e r m e i s t e r stellt fest, daß die Vorlage den Ratsherren zur Kenntnis gebracht und ihnen Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde.

3. Reichsstatthalter Reichsleiter Baldur von S c h i r a c h spricht dem Stadtkämmerer Dr. Hanke seine Anerkennung für die geleistete Arbeit, vor allem für in den Verhandlungen mit dem Reichs-Finanzministerium und dem Reichs-Innenministerium erzielten Erfolge aus.

Er teilt den Ratsherren mit, daß auf Grund einer Besprechung mit dem Reichs-Innenminister Dr. Frick demnächst die Erörterungen über eine Vereinfachung der Verwaltung der Städte Berlin, Wien und Hamburg beginnen, um diesen drei Städten eine in der Sache begründete Sonderstellung zu geben. Damit werde auch die Wiener Stadtverwaltung selber gefestigt werden, die allerdings wegen ihrer bisherigen Umständlichkeit zu vielen Beschwerden Anlaß gebe.

Bei dem Umbau der Gemeindeverwaltung falle der günstige Umstand ins Gewicht, daß alle Stadtratsämter mit Männern besetzt sind, die in der Partei verankert und daher den richtigen Gedankengängen gegenüber aufgeschlossen sind.

Er teilt schließlich mit, daß noch im Spätsommer oder im Herbst des Jahres alle Juden aus der Stadt entfernt sein werden

H3457 – 0013

3886-PS
10

und daß dann mit der Entfernung der Tschechen begonnen werde, denn dies sei die notwendige und richtige Antwort auf das Verbrechen, das an dem Stellvertretenden Reichsprotektor in Böhmen und Mähren begangen worden ist.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 33 Minuten.)

097341

USA 868 (3886-PS)

H3457-0013A

3886-PS

H-3457

USA 866 (3886-PS)

Filed 27 May 1946
William G. Reiter
1st Lt. FA

EXHIBIT-USA

866

(3886-PS)

A 097331

10

H3457 - 0014

10 Pages

H3457-0015

H3457-0016

3886-PS

USA 906 (3886-PS)